

Hansen, Fabienne

**Research Report**

## Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Möglichkeiten eines Grundeinkommens? Ein initialer Überblick über den Forschungsstand

FRIBIS Policy Debate, No. May 31, 2023

**Provided in Cooperation with:**

University of Freiburg, Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS)

*Suggested Citation:* Hansen, Fabienne (2023) : Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Möglichkeiten eines Grundeinkommens? Ein initialer Überblick über den Forschungsstand, FRIBIS Policy Debate, No. May 31, 2023, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS), Freiburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/280336>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Möglichkeiten eines Grundeinkommens? Ein initialer Überblick über den Forschungsstand**

Fabienne Hansen\*

(Der folgende Beitrag ist aus einem Vortrag hervorgegangen, der im Rahmen des Workshops „Solidarität statt Wettbewerb: Das Bedingungslose Grundeinkommen als Grundpfeiler einer neuen Gesellschaftsordnung?“ in Zusammenarbeit des Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS) mit dem Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftsforschung (CIW) der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster am 20. und 21. März 2023 im Franz-Hitze-Haus in Münster stattgefunden hat. Das Policy Paper ist als Diskussionsbeitrag zu verstehen.)

Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Reduktion von Ungleichheit sind im gegenwärtigen Diskurs zentral debattierte Fragen mit einer großen Spannweite an Meinungen. Oftmals werden diese aber nicht zusammengedacht, sondern als explizit separat voneinander zu bearbeitenden Themen verstanden. Dabei gibt es aber vor allem im Bereich von Solidaritäts- und Gerechtigkeitsfragen viele Überschneidungen, die, wenn bedacht, deutliche Verbindungen aufzeigen. Nachfolgend soll, lose der Idee eines klimagerechten Grundeinkommens folgend, ein Überblick zu den Feldern gegeben werden, die Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Mechanismen der Armutsbekämpfung zusammenbringen und Möglichkeiten der gemeinsamen Diskussion aufzeigen.

### **Nachhaltigkeit und Grundeinkommen: Was sind die Zusammenhänge?**

Debatten rund um Grundeinkommen generieren sich zum Großteil aus zwei Logiken: Zum einen wird

es als Mittel der Armutsreduktion und -bekämpfung gesehen, wobei die Transfer-logik darauf basiert eine grundlegende Einkommenssicherheit für alle zu schaffen. Innerhalb dieses Teildiskurses werden oftmals Fragen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gestellt und auch Genderaspekte werden stark in den Fokus genommen. In diesem Kontext wird Grundeinkommen als „raising the bottom“-Mechanismus verstanden, wobei Grundeinkommen die Grundlage eines jeden (wie auch immer gearteten) Einkommens bildet sozusagen den sicheren Boden der Existenz (van Parijs und Vanderborght 2017, 10). Zum anderen generiert sich ein Großteil des Grundeinkommensdiskurses aus größeren Debatten um Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität, wobei das Grundeinkommen durch die Verteilungsregeln als größtmögliche Chance individueller Freiheit verstanden wird, etwas was in der Debatte gemeinhin auch durch van Parijs Beschreibung „real freedom for all“ beschrieben ist (ibid., 104). Insbesondere auffallend ist, dass letztere Debatten vor allem im Globalen Norden dominieren, während im Globalen Süden Fragen von Armutsbekämpfung sowie Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, zum Gesundheitssystem und zum Arbeitsmarkt im Vordergrund stehen. Das heißt allerdings nicht, dass die beiden genannten Diskurslogiken ausschließlich in der genannten räumlichen Trennung existieren.

Währenddessen sind die stattfindenden Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurse global divers und auf einem sehr breiten Spektrum zwischen verschiedenen Extremen angelegt. Aktivismus ist dabei ein zentraler Bestandteil der stattfindenden Debatten sowohl im Mainstream als auch in den Extremen. Ausgangspunkt für einen Großteil der öffentlich-politischen Diskussionen bilden die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen. Hier wird die Klimakrise mit Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und Entwicklung verbunden, wobei das globale Erreichen der proklamierten Ziele im Vordergrund steht.

Klimawandel wird dabei häufig als der Faktor beschrieben, der die Umsetzung aller anderen SDGs unterlaufen kann (Fuso Nerini et al. 2019, 675). Im Ideal würde sich das in unterschiedlichen Bemühungen und Umsetzungen auf (trans)nationaler Ebene gleichermaßen widerspiegeln, in der Realität können in Projekten, die unter der Idee der SDGs laufen, sehr häufig globale Ungleichgewichte nachvollzogen werden. In Bezug auf nachhaltige Klimapraktiken heißt das, dass Zugang zu Kapital und Ressourcen die Möglichkeiten von Adaption, Mitigation und Resilienz erheblich beeinflussen. Von einer starken Zukunftsorientierung geprägt, richten sich viele der diskursiven Elemente an eine globale Verantwortung, die auf den Schutz und das Recht der Anteilhabe „aller“ abzielt (Reckien et al. 2017, 171). Hier lassen sich Parallelen zu Thematiken, die vom Grundeinkommensdiskurs aufgegriffen werden, finden. Insbesondere die Zukunftsorientierung der geforderten und geförderten gesellschaftlichen Veränderungen folgt ähnlichen Logiken und zeigt praktische Überschneidungen.

Ein klimagerechtes Grundeinkommen lässt sich, wenn die gemeinsamen Faktoren beider Diskurse in ihrer zukunftsorientierten Form zusammenkommen, allgemein als Zusammenkommen ökologischer und sozialer Faktoren beschreiben. Es ordnet sich dadurch auch in die häufige gestellte Gegenwartsdiagnose der Multiplizität von Krisen ein und bringt, mehrere Aspekte zusammen und versucht einen praktischen Lösungsansatz zu generieren. Dabei bezieht es sich auf die Möglichkeit einer sozio-ökologischen Transformation, die sich, je nach Ansatz, entweder auf die Integration in das bestehende wirtschaftliche System oder auf die (radikale) Reformation des gleichen im Kontext von Post-Produktivismus und De-Growth bezieht (Pinto 2020, 4–5). Die Gemeinsamkeit der Ansätze besteht dabei darin, dass der Finanzierungsmechanismus ein ähnlicher ist (und sich dann vor allem in der praktischen Ausführung unterscheidet), nämlich Klimabesteuerung. Das Grundeinkommen will dabei durch Besteuerungsmechanismus und Auszahlung an

„alle“ soziale und ökologische Forderungen zusammenbringen und eine Transformation einleiten (Langridge, Buchs, und Howard 2022, 32–33). In der wissenschaftlichen Debatte ist die Idee eines klimagerechten Grundeinkommens damit das deutlichste Zusammenkommen der Themenbereiche Umwelt, Nachhaltigkeit und Grundeinkommen, wobei es sich sowohl im Bereich Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurse als auch in der Grundeinkommensdebatte als solches um ein Nischenthema handelt. Nichtsdestotrotz gab es in den letzten Jahren ein gewisses Anwachsen der Verbindungen, was sich unter anderem im Thema des Basic Income Earth Network (BIEN) Kongress 2022 zeigt, welches „Crisis and Transformation“ lautete und sich mit Krisensicherheit im Kontext von COVID-19, Klimawandel und globaler politischer Unsicherheit befasste (Grant 2022).

### **Positionierung von Umwelt /Nachhaltigkeits-Fragen im Grundeinkommensdiskurs**

Ausgangspunkt der hier aufbereiteten Diskussion soll das Paper „Universal Basic Income and the Natural Environment: Theory and Policy“ von Timothy MacNeill und Amber Vibert bilden. Die Autor:innen geben eine Übersicht über mögliche und reale Umweltimplikationen von Grundeinkommensexperimenten und -programmen und versuchen einen Ausblick auf ein nachhaltig-umweltschützendes Grundeinkommen zu geben. Zentrale Aussage des Papers ist, dass Grundeinkommenszahlungen in der Theorie negative Umweltauswirkungen haben können, auf der Basis der Vorstellung, dass mehr Geld zu mehr Konsum führt. Allerdings wird parallel auch klargestellt, dass Konsum durch Grundeinkommen nachhaltiger werden könnte und Personen, die ein Grundeinkommen erhalten, sich umweltfreundlichere Praktiken zu Eigen machen können. Beide Positionen werden dabei von der Konzeption eines potentiellen Grundeinkommens abhängig gemacht (2019, 11–12). Hier wird, wie die bereits zuvor erwähnte Spannweite der Einstellungen von Grundeinkommenskonzepten zu Umwelt- und

Nachhaltigkeitsfragen deutlich: Einerseits die Befürchtung negativer Klimaauswirkungen, andererseits die Perspektive, dass Nachhaltigkeit auch eine Frage von Ressourcenzugang ist und somit mit Armutsbekämpfung (zum Beispiel durch ein Grundeinkommen) einher geht. Grundlegend scheint es aber trotzdem so, als ob die Diskurse nicht wirklich zusammenkommen und nur wenige direkte Berührungspunkte kreieren. In den gegenwärtigen Debatten um Grundeinkommen gibt es darüber hinaus mehrere Stimmen, die die Einbindung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen beim Grundeinkommen strikt ablehnen und für ein Fortbestehen der Trennung beider Themenblöcke plädieren (Howard, Pinto, und Schacht-schneider 2019, 116).

Allgemein lassen sich in der systematischen Literaturrecherche zwei Hauptrichtungen identifizieren aus denen hervorgeht, dass sich die Schnittmengen von Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Grundeinkommen von Richtung der Grundeinkommensdebatte aus vor allem aus einer Hinwendung zu Policy Debatten und praktischen Umsetzungsfragen ergeben. Dabei wird, wie auch bei MacNeill und Vibert sichtbar gemacht wird, der Fokus oftmals auf die Frage gesetzt, ob ein Grundeinkommen klimagerecht gestaltet und umgesetzt werden kann. Im erweiterten Kontext, kann dies einem sogenannten ökosozialen Forschungsschwerpunkt zugeordnet werden, der sowohl von Seiten der Umwelt-/Nachhaltigkeits- als auch der Armutsreduktionsdebatte zunehmend einen hohen Stellenwert zugesprochen bekommt. Dabei geht es vor allem, wie bereits angesprochen, um die Inklusion klimaschutzrelevanter Überlegungen in andere Bereiche von Sozialpolitik. Deutlich sind hier die Parallelen zur verwobenen Konstruktion der SDGs erkennbar. Die stattfindende Verwebung von Wohlfahrts- und Sozialpolitik mit Umwelt- und Nachhaltigkeitspraktiken spricht zudem die Parallelität mehrerer Krisen zugleich an. Exemplarisch zeigen Hirvilammi et al. dies in ihrem Paper „Social Policy in a Climate Emergency Context: Towards an Ecosocial Research Agenda“.

Die Autor:innen schlüsseln die Dimensionen sozialer Fragen und ihren Einfluss auf gesellschaftliche Abläufe in Risiko, Staatsbürger:innenschaft, Wohlfahrtregime und wellbeing auf und erweitern diese in einem zweiten Schritt um eine ökologische Dimension. Dadurch, so die Autor:innen, zeigt sich die Verwobenheit der Problemebenen und die Notwendigkeit die Herangehensweise an Sozialfragen um eine ökologische Ebene zu erweitern (2023, 13).

Im Zuge einer mehrstufigen Netzwerkanalyse lässt sich nachzeichnen, dass der Zusammenhang zwischen Grundeinkommensvorstellungen und dem Themenblock Umweltschutz und Nachhaltigkeit insbesondere in drei wissenschaftlichen Feldern hergestellt wird, nämlich in sozialvertraglichen Ansätzen der Ökonomie, in Studien zu Social Policy, sowie in qualitativ-empirischen Ansätzen mit einem Fokus auf den Globalen Süden (siehe Appendix). Während die Felder relativ getrennt voneinander in Erscheinung treten und selten konkret aufeinander Bezug nehmen, lassen sich einige argumentative Gemeinsamkeiten feststellen. Diese lassen sich, wie folgt, aufgliedern:

- a. Fokus auf die Stärkung der Commons
- b. Einbindung von Grundeinkommensmodellen in die Ziele der SDGs
- c. Zeitdiagnostik der multiplen Krisen
- d. Kapitalismuskritik

### **Klimagerechtes Grundeinkommen zur sozio-ökologischen Transformation?**

Welche konkreten Zusammenhänge erschließen sich nun aber zwischen Umweltschutz, Nachhaltigkeit und den darauf bezogenen Möglichkeiten eines klimagerechten Grundeinkommens in den zuvor genannten Teildisziplinen? Wie bei Khan et al. bereits im Titel ihres Papers zu finden ist, geht es um die ökologische Ober- und die soziale Untergrenze, wobei die Umsetzung einer sozio-ökologischen Transformation vor allem an Faktoren der ökologischen Nachhaltigkeit und sozialen

Wohlfahrt gemessen werden kann: „Eco-social policies contribute both to providing a social floor or redistributing resources to where they are needed and to respecting an ecological ceiling by keeping human activities within ecological limits“ (Khan et al. 2023, 1519). Der Weg eines klimagerechten Grundeinkommen als Mechanismus einer sozio-ökologischen Transformation hängt also an der Überzeugung (und nachfolgend einer potentiellen Umsetzung), dass es sowohl der sozialen Unter- als auch der ökologischen Obergrenze gerecht werden kann.

Die Anhebung der sozialen Untergrenze, auch, wie bereits erwähnt, als „raising the bottom“ beschrieben, lässt sich als ein klassisches Thema des globalen Grundeinkommensdiskurs lesen. Während im Allgemeinen Einigkeit darüber herrscht, dass ein Grundeinkommen eine solche Grenze neu definieren kann und soll, ist die tatsächliche Höhe dieser Grenze sehr umstritten (Yamamori 2022, 47). Die sogenannte threshold-Debatte zeigt dabei, ähnlich wie die planetary-boundary-Debatte im Klimadiskurs, dass Theorie und Praxis an vielen Stellen weit auseinandergehen. Während also die soziale Untergrenze, das heißt ihre Definition und der Umgang mit ihr, im Grundeinkommensdiskurs umstritten ist, ist auch die ökologische Obergrenze kein Thema bei dem Einigkeit herrscht. Insbesondere Ressourcenzugang und -nutzung sind im Verhältnis zu ökologischen Auswirkungen zutiefst ungleich verteilt und insbesondere benachteiligte Gruppen und Minderheiten sind am stärksten betroffen und werden oftmals zunehmend von Adaptions- und Mitigationsmaßnahmen übersehen oder aufgrund struktureller Vorbedingungen von ihnen ausgeschlossen (Reckien et al. 2017, 171). In Hinblick auf das alltägliche Leben dieser Gruppen und Gemeinschaften wird deutlich, dass sowohl die ungenügenden Grundversorgung, also die soziale Untergrenze, als auch die Auswirkungen des Klimawandels, also die ökologische Obergrenze, zu einer doppelten Belastung der ohnehin schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen führt. Zurückkommend auf Khan et al. tritt hier in die Notwendigkeit von auf

Umverteilung basierender öko-sozialer Politik in den Vordergrund. Die Umsetzung solcher Politikprogramme ist allerdings an öffentliche Zustimmung gebunden, die oftmals zwar im Allgemeinen existiert, bei konkreten Vorschlägen zur Implementierung aber wesentlich geringer ausfällt. Dabei gehen Zustimmung und Ablehnung politischer Programme zur sozio-ökologischen Transformationen grundlegend auf Überzeugungen und Werte von Gesellschaft und den in ihr existierenden Gemeinschaften zurück (Khan et al. 2023, 1529). Soll also ein klimagerechtes Grundeinkommen im Sinne einer sozio-ökologischen Transformation implementiert werden, muss es zuvor mehrheitsfähig sein.

Der wohl am häufigsten gewählte theoretische Ansatz zu einem klimagerechten Grundeinkommen ist der Weg der Finanzierung durch ökologische Besteuerung, die verschiedene Formen annehmen kann. Die Vorstellung, die hier zugrunde liegt, ist, dass ein gleiches Recht für „alle“ an Naturgütern und Naturkapital existiert. Das heißt anders gesagt, dass frische Luft, saubere Umwelt, natürliche Ressourcen, Biodiversität etc. Teil eines gemeinsamen Anteils an der Welt sind, auf die jede Person das gleiche Anrecht hat (Blum und Neumärker 2021, 326). Diese Idee ökologischer Gerechtigkeit kann als „an intragenerational and inter-generational distributive justice, which is about distributing rights to ecosystem services and duties to conserve stocks of natural capital according to the Rawlsian principles of justice, including all present and future people as recipients of justice“ beschrieben werden (Glottzbach und Baumgärtner 2012, 336). Damit zielt ökologische Gerechtigkeit als Grundlage eines klimagerechten Grundeinkommens auf die Umverteilung ungleich zugänglicher Ressourcen ab und setzt fest, dass die Zukunftsorientierung hinsichtlich der ökologischen Ober- und der sozialen Untergrenze ein zentraler Aspekt möglicher Konzeptionen ist. Der Fortbestand natürlicher Ressourcen und die Schaffung einer gesicherten sozialen Untergrenze sind dabei zueinander gleichgestellt, das heißt sie müssen beide gewährleistet sein, um eine

balancierte ökologische Gerechtigkeit durch ein klimagerechtes Grundeinkommen umzusetzen. Eine mögliche sozio-ökologische Transformation muss dementsprechend die verschiedenen Elemente von Ungleichheit und Imbalance ins Auge fassen und sie im Sinne der Multiplizität ihrer Krisenhaftigkeit parallel behandeln (Khan et al. 2023, 1519–1520). Regulierungsansätze können in diesem Kontext durch Bepreisung von Ressourcennutzung die Rückverteilung von Einnahmen an die Stakeholder einen Ausgleich schaffen, da sie um Sinne der Verteilungsgerechtigkeit, das Anrecht „aller“ am Gemeingut Natur einschließen. Im Falle einer Emissionsbesteuerung mit einem Auszahlungsmechanismus als klimagerechtes Grundeinkommen kann eine Umverteilung von Akteur:innen mit hohem Emissionsausstoß zu Akteur:innen mit niedrigem Emissionsausstoß stattfinden. Diese ließe sich in der Theorie sogar auf ein globales Modell übertragen (Blum und Neumärker 2021, 326).

### **Ausblick**

In der Praxis ist die Idee eines klimagerechten Grundeinkommens an politischen Willen und öffentliche Zustimmung gebunden. Mit zunehmender Dringlichkeit von Umwelt- und Klimafragen können klimarelevante Ereignisse, wie bereits zuvor im Kontext der SDGs angesprochen, soziale Agenden, wie die Garantie einer ökonomisch gesicherten soziale Untergrenze, untergraben und signifikant ausbremsen. Entsprechend gilt, dass die politische Praxis einer sozio-ökologischen Transformation mehrere Ebenen ansprechen muss und zudem mehrheits-basierte öffentliche Zustimmung erhalten muss, damit ihre gesellschaftliche Tragfähigkeit gewährleistet werden kann. Ist das realistisch beziehungsweise kann das realistisch werden oder handelt es sich hierbei, je nach Position, um eine u/dystopische Zukunftsfantasie? Klar ist, dass die Zeit der multiplen Krisen (als Gegenwartsdiagnose) grundlegende Annahme über politische Wohlfahrtsagenden in Frage stellt und zunehmend neuer innovativer Lösungen bedarf. Dies drückt sich auch im Fazit von Hirvilampi et al.

und ihrer Hinwendung zur sozio-ökologischen Transformation aus: „One of the specialized fields in climate-adjusted social policy research should thus deal with the corresponding reforms of welfare institutions and policies to ensure that they are capable of supporting and promoting sustainable wellbeing globally and across generations“ (2023, 16).

\*Fabienne Hansen ist Doktorandin im Fach Ethnologie und wissenschaftliche Mitarbeiterin am FRIBIS, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

## Literatur

- Blum, Bianca, und Bernhard K.J. Neumärker. 2021. „Lessons from Globalization and the COVID-19 Pandemic for Economic, Environmental and Social Policy.“ *World 2*: 308–333.
- Fuso Nerini, Francesco, Benjamin Sovacool, Nick Hughes, Laura Cozzi, Ellie Cosgrave, Mark Howells, Massimo Tavoni, Julia Tomei, Hisham Zerriffi, und Ben Milligan. 2019. „Connecting climate action with other Sustainable Development Goals.“ *Nature Sustainability* 2: 674–680.
- Glotzbach, Stefanie, und Stefan Baumgärtner. 2012. „The Relationship between Intragenerational and Intergenerational Ecological Justice.“ *Environmental Values* 21(3): 331–355.
- Grant, James. 2022. „BIEN 2022 Congress – Roundup.“ Stand vom 29. September 2022. Zuletzt zugegriffen am 12. Mai 2023. <https://basicincome.org/news/2022/09/bien-2022-congress-roundup/>.
- Hirvilampi, Tuuli, Liisa Häikiö, Håkan Johansson, Max Koch, und Johanna Perkiö. 2023. „Social Policy in a Climate Emergency Context: Towards an Ecosocial Research Agenda.“ *Journal of Social Policy* 52: 1–23.
- Howard, Michael W., Jorge Pinto, und Ulrich Schachtschneider. 2019. „Ecological Effects of Basic Income.“ In *The Palgrave International Handbook of Basic Income*, herausgegeben von Malcolm Torry, 111–132. Cham: palgrave macmillan.
- Khan, Jamil, Kajsa Emilsson, Martin Fritz, Max Koch, Roger Hildingsson, und Håkan Johansson. 2023. „Ecological ceiling and social floor: public support for eco-social policies in Sweden.“ *Sustainability Science* 18: 1519–1532.
- Langridge, Nicholas, Milena Buchs, und Neil Howard. 2022. „An Ecological Basic Income? Examining the Ecological Credentials of Basic Income Through a Review of Selected Pilot Interventions.“ *Basic Income Studies* 14(1): 1–41.
- MacNeill, Timothy, und Amber Vibert. 2019. „Universal Basic Income and the Natural Environment: Theory and Policy.“ *Basic Income Studies* 14(1): 20180026.
- Pinto, Jorge. 2020a. „Environmentalism, Ecologism, and Basic Income.“ *Basic Income Studies* 15(1): 20190026.
- Reckien, Diana, Felix Creutzig, Blanca Fernandez, Shuaib Lwasa, Marcela Tovar-Restrepo, Darryn Mcevoy, und David Satterthwaite. 2017. „Climate change, equity and the Sustainable Development Goals: an urban perspective.“ *Environment & Urbanization* 29(1): 159–182.
- Van Parijs, Philippe, und Yannick Vanderborght. 2017. *Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Yamamori, Toru. 2022. „Is a Penny a Month a Basic Income? A Historiography of the Concept of a Threshold in Basic Income.“ *Basic Income Studies* 17(1): 29–51.

## Appendix

### Literaturliste zum Thema klimagerechtes Grundeinkommen

(Die hier dargestellte Literaturliste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und bildet die Grundlage der von der Autorin erarbeiteten Netzwerkanalyse.)

Andersson, Jan Otto. 2010. „Basic Income From an Ecological Perspective.“ *Basic Income Studies* 4(2): Artikel 4; 1–8.

Birnbaum, Simon. 2010. „Introduction: Basic Income, Sustainability and Post-Productivism.“ *Basic Income Studies* 4(2): Artikel 3; 1–7.

Blum, Bianca, und Bernhard K.J. Neumärker. 2021. „Lessons from Globalization and the COVID-19 Pandemic for Economic, Environmental and Social Policy.“ *World 2*: 308–333.

Bohnenberger, Katharina. 2020. „Money, Vouchers, Public Infrastructures? A Framework for Sustainable Welfare Benefits.“ *Sustainability* 12(2): 596; 1–30.

Boulanger, Paul-Marie. 2010. „Basic Income and Sustainable Consumption Strategies.“ *Basic Income Studies* 4(2): Artikel 5; 1–11.

Büchs, Milena, Nicholas Bardsley, und Sebastian Duwe. 2011. „Who bears the brunt? Distributional effects of climate change mitigation policies.“ *Critical Social Policy* 31(2): 285–307.

Büchs, Milena, und Max Koch. 2019. „Challenges for the degrowth transition: The debate about wellbeing.“ *Futures* 105: 155–165.

Calder, Gideon. 2010. „Mobility, Inclusion and the Green Case for Basic Income.“ *Basic Income Studies* 4(2): Artikel 8; 1–10.

Dukelow, Fiona, und M. Murphy. 2022. „Building the Future from the Present: Imagining Post-Growth, Post-Productivist Ecosocial Policy.“ *Journal of Social Policy* 51: 504–18.

Fitzpatrick, Tony. 2010. „Basic Income, Post-Productivism and Liberalism.“ *Basic Income Studies* 4(2): Artikel 7; 1–11.

Fritz, Martin, und Max Koch. 2016. „Economic development and prosperity patterns around the world: Structural challenges for a global steady-state economy.“ *Global Environmental Change* 38: 41–48.

Gough, Ian. 2017. *Heat, Greed and Human Need: Climate Change, Capitalism and Sustainable Wellbeing*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

Gough, Ian, James Meadowcroft, John Dryzek, Jürgen Gerhards, Holger Lengfeld, Anil Markandya, und Ramon Ortiz. 2008. „JESP symposium: Climate change and social policy.“ *Journal of European Social Policy* 18(4): 325–344.

Hirvilampi, Tuuli, Liisa Häikiö, Håkan Johansson, Max Koch, und Johanna Perkiö. 2023. „Social Policy in a Climate Emergency Context: Towards an Ecosocial Research Agenda.“ *Journal of Social Policy* 52: 1–23.

Howard, Michael W., Jorge Sousa Pinto, und Ulrich Schachtschneider. 2019. „Ecological Effects of Basic Income.“ In *The Palgrave International Handbook of Basic Income*, herausgegeben von Malcolm Torry, 111–132. Cham: palgrave macmillan.



- Ketterer, Hanna. 2019. „Bedingungsloses Grundeinkommen als materielle und symbolische Ermöglichungsstruktur von Praktiken für die gesellschaftliche Transformation.“ In *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*, herausgegeben von Klaus Dörre, Hartmut Rosa, Karina Becker, Sophie Bo-se, und Benjamin Seyd, 333–348. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Khan, Jamil, Kajsa Emilsson, Martin Fritz, Max Koch, Roger Hildingsson, und Håkan Johansson. 2023. „Ecological ceiling and social floor: public support for eco-social policies in Sweden.“ *Sustainability Science* 18(3): 1519–1532.
- Koch, Max, und Hubert Buch-Hansen. 2021. „In search of a political economy of the post-growth era.“ *Globalizations* 18(7): 1219–1229.
- Koch, Max, und Oksana Mont, Hrsg. 2016. *Sustainability and the Political Economy of Welfare*. London [i.a.]: Routledge.
- Kütting, Gabriela. 2014. „Rethinking global environmental governance: coordinating ecological policy.“ *Critical Policy Studies* 8(2): 227–234.
- Langridge, Nicholas, Milena Buchs, und Neil Howard. 2022. „An Ecological Basic Income? Examining the Ecological Credentials of Basic Income Through a Review of Selected Pilot Interventions.“ *Basic Income Studies* aop: 1–41.
- Lee, Sophia Seung-Yoon, Ji-eun Lee, und Kyo-seong Kim. 2020. „Evaluating Basic Income, Basic Service, and Basic Voucher for Social and Ecological Sustainability.“ *Sustainability* 12(20): 8348; 1–25.
- MacNeill, Timothy, und Amber Vibert. 2019. „Universal Basic Income and the Natural Environment: Theory and Policy.“ *Basic Income Studies* 14(1): 20180026.
- Marston, Greg. 2016. „Greening the Australian Welfare State: Can Basic Income Play a Role?“ In *Basic Income in Australia and New Zealand: Perspectives from the Neoliberal Frontier*, herausgegeben von Jennifer Mays, Greg Marston, und John Tomlinson, 157–77. New York: Palgrave Macmillan US.
- McGann, Michael, und Mary P. Murphy. 2023. „Income Support in an Eco-Social State: The Case for Participation Income.“ *Social Policy and Society* 22(1): 16–30.
- Pinto, Jorge. 2019. „Green Republicanism as a non-neutral and convivial politics.“ *Ethics, Politics & Society* 3(1): 1–27.
- . 2020a. „Environmentalism, Ecologism, and Basic Income.“ *Basic Income Studies* 15(1): 20190026.
- . 2020b. „Green Republicanism and the Shift to Post-productivism: A Defence of an Unconditional Basic Income.“ *Res Publica* 26 (2): 257–74.
- . 2021. „Freedom and ecological limits.“ *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 24 (5): 676–92.
- Rossetti, Federica, Femke Roosma, Tijs Laenen, und Koen Abts. 2020. „An unconditional basic income? How Dutch citizens justify their opinions about a basic income and work conditionality.“ *Journal of International and Comparative Social Policy* 36(3): 284–300.
- Sekulova, Filka, Fabricio Bonilla, und Bru Laín. 2023. „Life Satisfaction and Socio-Economic Vulnerability: Evidence from the Basic Income Experiment in Barcelona.“ *Applied Research in Quality of Life*, Mai. <https://doi.org/10.1007/s11482-023-10176-x>.

Sheehan, Callum, und Julia Martin-Ortega. 2023. „Is conservation basic income a good idea? A scoping study of the views of conservation professionals on cash giving programmes.“ *Biological Conservation* 279 (März): 109914.  
<https://doi.org/10.1016/j.biocon.2023.109914>.

Van Parijs, Philippe. 2010. „Political Ecology: From Autonomous Sphere to Basic Income.“ *Basic Income Studies* 4(2): Artikel 6; 1–9.

Vergara-Camus, Leandro. 2019. „Capitalism, Democracy, and the Degrowth Horizon.“ *Capitalism Nature Socialism* 30(2): 217–233.